

Antrag der Fraktion der CDU:

Gebührenfreiheit für Großveranstaltungen

I. Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest:

Die von der Landesregierung in Aussicht genommene Abwälzung der Einsatzkosten der Polizei bei Großveranstaltungen auf den Veranstalter ist rechtspolitisch verfehlt. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch im Rahmen solcher Veranstaltungen muß eine hoheitliche Aufgabe des Staates bleiben und ist insofern einer gebührenrechtlichen Regelung entzogen.

II. Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf,

von entsprechenden Initiativen im Rahmen der Innenministerkonferenz, wie sie von der Landesregierung im Zusammenhang mit Fußball-Bundesligaspielen und der Fußball-Europameisterschaft öffentlich angekündigt worden sind, Abstand zu nehmen.

III. Begründung:

Die Tätigkeit der Polizei zum Schutz der öffentlichen Sicherheit muß im Prinzip eine kostenfreie Leistung des Staates gegenüber der Allgemeinheit bleiben. Insofern ist aus rechtspolitischen — aber auch aus praktischen — Erwägungen die Einführung einer Kostentragungspflicht für Großveranstaltungen, wie z. B. Fußball-Bundesligaspiele und sonstige Sportveranstaltungen, Demonstrationen, Karnevalszüge, Open-air-Festivals, untunlich.

Selbst wenn man im Grundsatz in diesem Kernbereich der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols anderer Auffassung sein könnte, würde eine Kostenerstattungsregelung in der Praxis wegen der damit verbundenen Abgrenzungsschwierigkeiten ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit im Hinblick auf die zu erfassenden Veranstaltungen (nach Art und Umfang) hervorrufen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß bis dato befriedigende Regelungen, die dem Gleichbehandlungsgrundsatz hinreichend Rechnung tragen würden, nicht gefunden werden konnten.

Der Landtag verkennt nicht, daß die Polizeibeamten insbesondere an Wochenenden bei solchen Einsätzen eine Vielzahl von Überstunden leisten müssen. Es ist allerdings nicht erkennbar, daß durch die Einführung einer Kostenerstattungspflicht eine Minderbelastung der Beamten erreicht werden sollte oder könnte. Der fiskalische Effekt einer Kostenerstattungsregelung würde durch den erheblichen Verwaltungsaufwand weitgehend aufgezehrt.

Die — bereits praktizierte — Kostenerstattung für Schwer- oder Geldtransporte kann zur Begründung für die Einführung einer generellen Kostenerstattungspflicht für Großveranstaltungen nicht herangezogen werden, da es sich dabei um polizeiliche Maßnahmen handelt, die im überwiegenden Individualinteresse des Transportunternehmens (ggf. auf Antrag) durchgeführt werden.

KPV: Neue Wege in der Abwasserbeseitigung

Neue Wege zur Finanzierung der Abwasserbeseitigung sucht die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen e. V. anlässlich der 81. Fachtagung, die am Freitag, dem 30. September 1988, 14 Uhr, in Mülheim a. d. Ruhr, Stadthalle, Fürther Straße, stattfindet. Alle am Tagungsthema Interessierte sind hierzu herzlich eingeladen.

Die Eröffnung und Begrüßung wird Peter Danners, Vorsitzender der KPV, vornehmen. Die Leitung der Fachtagung hat Stadtdirektor Dr. Johannes Werner Schmied, Vorsitzender des Fachausschusses der KPV „Finanzen und Wirtschaft“. Schmied gibt auch die Einführung in das Tagesthema. Prof. Dr. Dr. Karl-Ulrich Rudolph, Lehrstuhl für Umwelttechnik und Umweltmanagement an der Universität Witten/Herdecke, stellt das niedersächsische Betreibermodell zur kommunalen Abwasserbeseitigung und andere Möglichkeiten der Kostensenkung vor.

Anmeldungen und Anfragen bitte an die Landesgeschäftsstelle der KPV NW, Limperstraße 40, 4350 Recklinghausen, Telefon (023 61) 58990.

Jochimsen hält wichtige Informationen zurück!

CDU fordert sofortige Veröffentlichung des RWI-Gutachtens zum EG-Binnenmarkt

„Sofortige Einsicht“ in das RWI-Gutachten zu Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft hat heute die CDU-Landtagsfraktion gefordert. Die stellv. CDU-Fraktionsvorsitzende Christa Thoben bezeichnete es als „skandalös“, daß diese von Wirtschaftsminister Jochimsen beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegebene Studie „im Ministerium streng vertraulich behandelt wird und die Landtagsfraktionen Informationen bisher nur aus der Presse beziehen können“.

Christa Thoben: „Das ist eine ähnliche Entgleisung des Wirtschaftsministers wie

im Falle des Kartellgutachtens, das erst mit erheblicher Verspätung dem Parlament zugänglich gemacht wurde. Diesen Umgang mit der parlamentarischen Opposition wird die CDU widerspruchslos hinnehmen.“

Christa Thoben weiter: „Für uns hat die Veröffentlichung des RWI-Gutachtens höchste Priorität. Die bisher bekanntgewordenen Daten lassen erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Feststellung von Ministerpräsident Rau aufkommen, wonach Nordrhein-Westfalen für die Einführung des europäischen Binnenmarktes ab 1992 bestens gerüstet sei.“

SPD hält Schulsterben weiterhin für richtig

Schwier verschärft Konflikt-Politik

Statt endlich das altmodische Schulrecht zu ändern und das Schulsterben zu stoppen, verschärft Kultusminister Schwier (SPD) seine Konflikt-Politik. Die schulpolitische Klausurtagung der SPD-Fraktion am 1. März 1988 hat deutlich gemacht, daß die Bildungsideologen und die Finanzpolitiker eine **unheilige Allianz zur Schließung von Schulen** bilden, um angesichts leerer Landeskassen Lehrerstellen für die sozialdemokratischen Lieblingkinder, die Gesamtschulen, zu rekrutieren. Wer bisher geglaubt hatte, daß die Schließungspolitik der SPD nur die Hauptschulen trifft, der irrt: **Jetzt steht auch den Realschulen und Gymnasien eine Schließungswelle ins Haus.** Zukünftig sollen in den Kommunen, die mehrere Realschulen und Gymnasien haben, diese Schulen nur noch fortgeführt werden können, wenn in der Eingangsklasse 54 Schüler angemeldet werden. Bisher reichen dazu 36 Anmeldungen. Dadurch sind **84 Realschulen und 30 Gymnasien bedroht.**

Über diese Konflikt-Politik will Kultusminister Schwier durch eine **neue Mogelpackung** hinwegtäuschen: Er kündigt an, daß die letzte Hauptschule in einer Gemeinde auch einzügig, also mit 18 Schülern in der Klasse 5, fortgeführt werden kann. Doch damit vollzieht er nur nach, was die Rechtsprechung schon längst festgeschrieben hat. **Die Hauptschule ist Verfassungsschule.**

Außerdem sind von dieser gesetzlichen Festschreibung der bereits geltenden

Rechtslage **nur 70 Hauptschulen** betroffen, die weniger als 36 Schüler haben und die zugleich einzige Hauptschule in der Gemeinde sind. Die zentrale Frage ist jedoch die Sicherung der Hauptschulen, die für das kulturelle und soziale Leben in den **Stadtteilen** (z. T. früher selbständige Gemeinden) von Bedeutung sind.

Das altmodische Schulrecht unseres Landes stammt noch aus der Zeit der geburtenstarken Jahrgänge. Die SPD hält daran trotz der neuen Wirklichkeit der gesunkenen Schülerzahlen fest. **Diese reaktionäre Politik gefährdet 300 Stadtteil-Hauptschulen in NRW.**

Wir wollen die Schule in der Nachbarschaft erhalten.

Wir fordern Kultusminister Schwier auf, zumindest den § 16 a des Schulordnungsgesetzes durch die Worte „... **oder eines Gemeindeteiles**“ zu ergänzen, um damit den Rechtszustand vor dem Kerpen-Urteil des OVG Münster von August 1987 wiederherzustellen. Damit würde zwar nur die Absicht des Gesetzgebers von 1984 verwirklicht (Kultusminister Girgensohn am 24. März 1982: „Ich gehe vom Regeltatbestand der ein- und zweizügigen Hauptschule aus ... Denn 750 Schulen in Nordrhein-Westfalen als unter die Zweizügigkeit absinkende Hauptschulen können doch kein Ausnahmetatbestand sein (Zustimmung bei der SPD) ...“ Aber wenigstens ein Teil der Schulschließungen könnte dadurch verhindert werden.

Zukunft für NRW – Chancen durch Vielfalt

5. Nordrhein-Westfalen-Tag der Jungen Union

Am 10./11. September 1988 führte die Junge Union NRW ihren 5. NRW-Tag in Lübbecke durch. Es war die erste Veranstaltung dieser Art, die sich über zwei Tage erstreckte. Vor den rund 400 Delegierten lag eine umfassende Tagesordnung, in deren Mittelpunkt die Beratung des Antrages „Zukunft für NRW – Chancen durch Vielfalt“ stand.

Prominenter Gast des Nordrhein-Westfalen-Tages war Bundesverteidigungsminister Prof. Dr. Rupert Scholz, der über „Perspektiven in der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ sprach. Scholz kündigte für den Herbst Gespräche mit den Ministerpräsidenten über eine gleichmäßigere Verteilung militärischer Tiefflug-Übungen in der Bundesrepublik an.

Bei den Wahlen zum Landesvorstand wurde Ronald Pofalla mit großer Mehrheit als Landesvorsitzender der Jungen Union NRW wiedergewählt. In seinem Rechenschaftsbericht führte Pofalla aus, daß der Leitantrag einen Weg für den sicheren Wiederaufstieg des Landes aufzeige und neue Denkanstöße vermittele, während die SPD-Landesregierung durch Tatenlosigkeit gelähmt sei. In diesem Monat werde die Gesamtverschuldung von NRW die 100-Mrd.-DM-Schallmauer durchbrechen. Pofalla wies auf die Handlungsunfähigkeit der SPD-Landesregierung hin:

■ Die wirtschaftliche Lage in NRW sei alles andere als rosig.

■ NRW habe eine überproportional hohe Arbeitslosigkeit.

■ Die innere Sicherheit sei gefährdet in NRW.

■ Die kleinen, lebensfähigen Schulen in NRW, die Wärme und Geborgenheit vermitteln, seien unter dieser Landesregierung zum Tode verurteilt.

Ronald Pofalla forderte daher den CDU-Landesvorsitzenden Dr. Norbert Blüm auf, sich gegen Johannes Rau als Spitzenkandidat der CDU zur Verfügung zu stellen.

„NRW braucht keinen zaudernden Johannes Rau, sondern einen zupackenden und zukunftsorientierten Norbert Blüm.“

In seiner Rede erläuterte Pofalla sein Bild von einer Jungen Union, die als offener Verband gesprächsfähig sein müsse. „Wir müssen zeigen, daß wir zuhören – auch dazulernen – können, zur Unfertigkeit der eigenen Konzepte stehen.“

Zum Themenfeld einer glaubwürdigen JU-Arbeit gehöre z. B. der Einsatz für eine Menschenrechtspolitik, die sich durch eine klare Sprache, deutliche Appelle und Anklagen an die Unterdrückter auszeichne.

„Deshalb unsere vorbehaltlose Unterstützung für Norbert Blüm, als er die Folter in Chile zu Recht als völlig unannehmbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit geißelte. Deshalb unsere Unterstützung seiner Haltung zum Rassismus im südlichen Afrika, denn gerade eine Politik, die christlichen Werten verpflichtet ist, kann nicht deutlich genug verurteilen, was zu



verurteilen ist. Wir wünschen eine baldige Reise Norbert Blüms nach Südafrika.“

Gleichzeitig klagte Pofalla aber auch und gerade die Menschenrechte für unsere Landsleute jenseits von Mauer und Stacheldraht ein.

Als zentrale humanitäre Gegenwartsaufgabe muß nach Ansicht des CDU-Nachwuchses die Integration der deutschen Aussiedler aus Osteuropa betrachtet werden. Daher fordert die Junge Union NRW einen Beauftragten der Bundesregierung, der für die Integration zurückkehrender Deutscher verantwortlich ist.

Verantwortung für die deutsche Vergangenheit

Besonderes Augenmerk will die Junge Union auf die belastete deutsche Vergangenheit legen. Schon im Entwurf des neuen JU-Grundsatzprogramms heißt es: „Kein Deutscher kann die Verantwortung leugnen, die sich aus der Schuld ergibt, die Deutsche durch den Nationalsozialismus auf sich geladen haben!“ Pofalla unterstützte diese Gedanken und kündigte an, daß die JU NRW zum Gedenken an die „Reichspogromnacht 9. November 1938“ eine Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Frauen Union am 26. Oktober 1988 in Hagen durchführen wird.

Anläßlich der nun beginnenden Aufstellungen zur Kommunalwahl bemerkte Pofalla, daß die Junge Union ihren Anspruch nach politischer Mitverantwortung geltend machen werde:

„Wo die CDU nicht bereit ist, junge Leute zu berücksichtigen, werden wir JU-Verbände unterstützen, die als letztes Mittel zur Aufstellung eigener Listen greifen. Zwei Mitglieder der JU gehören in jeden Rat! Junge Leute werden leichter zu einer politischen Richtung Vertrauen fassen können, in der es auch Jüngere als

Ansprechpartner gibt. Manch ein CDU-Strategie wirft den Kandidaten der JU gerne fehlende Erfahrung vor. Ich habe jedoch bei einem Blick in die CDU-Ratsfraktionen nicht den Eindruck, als ob dort die Vertreter langjähriger Lebens- erfahrung zur Minderheit zu werden drohen.

Die politische Menschwerdung darf in der CDU nicht mit dem Eintritt ins Rentenalter beginnen!“

Eindringlich setzte sich der JU-Landesvorsitzende mit der Politik der Mutterpartei auseinander:

„So bitter die Reaktionen vieler Parteifreunde — auch die Austritte — in den letzten Wochen waren, sie zeigen auch: Die Basis läßt nicht alles mit sich machen! Es gibt auch eine Solidaritätspflicht von oben nach unten.

Es kann und darf nicht hingenommen werden, wenn ein CDU-Bundesparteitag mit überwältigender Mehrheit die Steuerbefreiung für das Flugbenzin ablehnt, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion jedoch diesen Beschluß offenbar gar nicht zur Kenntnis nimmt.

„Fehler zugeben — Vertrauen gewinnen“

Der Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, hatte für dieses Handeln der Regierung in Bonn folgendes Motto gereimt:

„Ist der Weg auch noch so falsch und steinig — Hauptsache, wir sind uns einig . . .“

So werden wir die größte Vertrauenskrise in der Geschichte der CDU nicht überwinden. Nur, wenn wir offen und rückhaltlos auch über eigenes Fehlverhalten sprechen und Konsequenzen daraus ziehen, kann Vertrauen zurückgewonnen werden.

Wenn von mir aber schon das Fehlverhalten und das offene Eingestehen von Fehl-

verhalten angesprochen wird, dann kann ich vor der Tür der CDU nicht halt machen.

Kann es sein, daß bereits nach 6 Regierungsjahren unser Vorrat an geistiger Führerschaft aufgebraucht ist? Ist es richtig, daß Politik reduziert wird auf die Wahrnehmung der Interessen, die am lautesten vorgetragen werden? Verkommen Politik, weil sich diejenigen, die am besten kungeln können, durchsetzen?

Programm ist dringend notwendig

Die Sehnsucht nach Programm ist doch keine versponnene Idee Heiner Geißlers, sondern Ausdruck einer unabänderbaren Notwendigkeit. Wer wollte heute die Erfolge der CDU auf vielen Politikfeldern bestreiten, die sich auf Grund einer kontinuierlichen Diskussion auch inhaltlich durch die Abfassung eines Grundsatzprogrammes Ende der 70er Jahre abgesichert hat?

Vieles übrigens als Folge einer Grundsatzdiskussion, die wir als JU vorher begonnen haben.

Nur, wer wollte aber auch die Widerstände bestreiten, die immer wieder gegenüber Neuerungen und Reformvorschlägen aufgebaut wurden und werden? Heute ist es wieder die JU, die über die richtigen Ideen und die richtigen Konzepte für die jetzt anstehenden Fragen in unserer Dienstleistungsgesellschaft nachdenkt. Und wieder müssen wir von den Etablierten in der Partei hören, daß ja alles ganz richtig und wichtig sei, aber der Zeitpunkt nicht passe. Ich habe nichts gegen Parteifreunde, die von Bewährungsprozessen für die JU sprechen. Und wenn wohlmeinende Kritiker sogar die innerparteiliche Diskussion für gut halten, damit sich von unseren Ideen die Spreu vom Weizen trennt: Kein Widerspruch! Aber diese Diskussion muß

stattfinden, und sie muß stattfinden dürfen. Die CDU darf aber nicht verkommen zu einem Kanzlerwahlverein, der die Harmonie als die einzige Zielperspektive ausgibt. Einer solchen CDU werden wir uns als JU widersetzen.“

Neben dem beschlossenen Leitantrag der sich u. a. mit der Wirtschaftsförderung, der Energie- und Umweltpolitik, dem Bildungsangebot, der Kultur und Freizeit beschäftigt, nahm die Landestagung aber auch zu aktuellen Themen Stellung.

Die Delegierten des 5. NRW-Tages der Jungen Union NRW forderten angesichts des dramatischen Seehundsterbens in der Nordsee ein sofortiges Verbot der Verklappung von Dünnsäure und anderen Chemikalien.

Außerdem befürwortet die JU NRW die seit Frühjahr 1988 in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen begonnenen Pilotprojekte mit der Ersatzdroge Methadon und fordert die Bundesregierung auf, ihre bisherige ablehnende Haltung zu den Methadon-Versuchsprogrammen zu überprüfen und nach bundeseinheitlichen Richtlinien zu fördern.

Schließlich beschloß die Landestagung, daß die Wasserwerke Aufkleber mit der Angabe der Wasserhärtegrade allen Haushalten zukommen lassen sollten — soweit dies bisher noch nicht geschehen sei.

Einem Arbeitsschwerpunkt der Jungen Union NRW wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Im Rahmen ihres Mittelamerika-Engagements beschloß der neugewählte Landesvorstand einem kleinen Ort in Guatemala die dringend erforderliche Anbindung an das Verkehrsnetz zu ermöglichen. Ferner soll die Reparatur eines Jeeps ermöglicht werden sowie die Einrichtung einer kleinen Schule, um jungen Guatemalteken eine Zukunftschance zu geben.

SPD-Vernebelungstaktik

Die Irrungen und Wirrungen des Johannes Rau

Johannes Rau, das ist allseits bekannt, schätzt das klare und eindeutige Wort nicht sonderlich. Sein öffentlicher Sprachgebrauch ist nicht von dem biblischen „Dein Wort sei ja, ja, nein, nein“ geprägt, sondern von dem feigen „Sowohl-als-Auch“ des Populisten.

Jüngstes Beispiel für seine sprachlich-intellektuelle Hinhalte- und Vernebelungspolitik ist der Versuch, unbequemen Fragen nach seiner Schirmherrschaft für den „Tag der offenen Tür“ des Jagdbombergeschwaders 31 „Boelcke“ in Nörvenich auszuweichen.

Eine Chronologie der Irrungen und Wirrungen des Johannes Rau mag dies verdeutlichen.

Oberst Böttcher an Ministerpräsident Rau (4. Februar 1988):

„Aus diesem Anlaß (30jähriges Bestehen des Geschwaders) ist am 28. August 1988 für die Öffentlichkeit ein ‚Tag der offenen Tür‘ mit Darstellung des Flugbetriebs geplant. Dabei soll ein möglichst großer Teil der Bevölkerung angesprochen werden und das Geschwader, seine Einrichtungen, das verfügbare Gerät sowie außer unserem Tornado auch andere Flugzeuge vorgeführt werden.“

Ministerpräsident Rau an Oberst Böttcher (16. März 1988):

„Gern übernehme ich die Schirmherrschaft für den ‚Tag der offenen Tür‘ am 28. August 1988 . . . Trotz Ihrer frühzeitigen Einladung werde ich aber nicht kommen können. In meinem Terminkalender ist für den 28. August der Bundesparteiabend in Münster eingetragen, und ich sehe keine Möglichkeit, auch nur wenige Stunden dort abwesend zu sein.“

Ministerpräsident Rau an Bundesverteidigungsminister Scholz (30. Juni 1988):

„Ich habe diese Schirmherrschaft über die Jubiläumsveranstaltung zum dreißigjährigen Bestehen des Geschwaders gern übernommen. (. . .) Die Briefe der beiden Offiziere enthielten freilich keinen Hinweis darauf, daß dieser ‚Tag der offenen Tür‘ von einem Flugtag mit einem umfangreichen fliegerischen Programm begleitet werden würde.“

Ministerpräsident Rau an Werner Stump, MdL (22. August 1988):

„Denn ich habe nicht die Schirmherrschaft über einen Flugtag übernommen, sondern für den ‚Tag der offenen Tür‘. So hatte ich es wenigstens dem Geschwaderkommodore am 16. März 1988 geschrieben, und darum nur hatte auch Oberst Böttcher mich am 4. Februar 1988 gebeten. (. . .) Als deutlich wurde, daß für den 28. August in Wirklichkeit ein Flugtag mit ausgedehntem Programm geplant wurde, hatte ich ihm sofort meine Bedenken mitgeteilt.“

Ministerpräsident Rau an Bundesverteidigungsminister Scholz (22. August 1988):

„Um dieses Ziel (Anerkennung für den Einsatz der jungen Menschen in der Bundeswehr) zu erreichen, hatte ich auch hingewiesen, daß im Rahmen des ‚Tages der offenen Tür‘ die ‚Darstellung des Flugbetriebes‘ erfolgen sollte, wie mir damals geschrieben wurde. Darunter war und konnte aber nicht eine spektakuläre Flugschau verstanden werden, wie jetzt vorgesehen ist. Ein solches Vorhaben hätte mir in entsprechender Weise angekündigt werden müssen.“

Ministerpräsident Rau (WDR-Fernsehen, 29. August 1988):

„Ich selber war übrigens nicht Schirmherr des Flugtages, sondern eines Tages der offenen Tür, von dem mir nicht bekannt war, daß es ein Flugtag sein würde. Als er es wurde, habe ich mich dazu geäußert . . .“

Ministerpräsident Rau (West 3, 29. August 1988):

„Ich habe diese Schirmherrschaft nicht übernommen, sondern ich habe vor einigen Monaten eine Schirmherrschaft über den Tag der offenen Tür übernommen, ohne daß ich irgendeine Mitteilung bekommen hätte darüber, daß es sich um einen Flugtag handeln würde.“

Termine

24. 9. 1988	10.00 Uhr	Fachkongreß „Ist Arbeit alles? – Sport – Freizeit – Gesundheit“	Leverkusen
1. 10. 1988	10.00 Uhr	Kongreß: „Die Zukunft der Fachhochschulen. Ideen-schmieden für unser Land“	Bochum
4. 10. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
5. 10. 1988	15.00 Uhr	LFA Kulturpolitik	Erkelenz
7./8. 10. 1988		29. Bundestagung EAK	Bonn
7./8. 10. 1988		3. Landesdelegiertentag der Mittelstandsvereinigung	Münster
8. 10. 1988	10.00 Uhr	3. Landesdelegiertentag der Frauen Union	Bochum
8. 10. 1988	10.30 Uhr	KPV/NW-Fachtagung „Wasserwerke als Eigenbetrieb“	Kerpen
13. 10. 1988	17.30 Uhr	LFA Außen- und Deutschlandpolitik	Düsseldorf
14. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Ministerpräsident Lothar Späth	Düsseldorf
15. 10. 1988	10.00 Uhr	Tagung „Situation junger Wehrpflichtiger“	Augustdorf
18. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Dr. Erich Riedl, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium	Heinsberg
26. 10. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
26. 10. 1988	19.00 Uhr	Fachtagung „50 Jahre Reichskristallnacht“	Hagen
26. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Umweltminister Karlheinz Weimar	Hessen
28. 10. 1988	15.00 Uhr	LFA Schule und Bildung	Düsseldorf
29. 10. 1988	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie/Kongreß	Düsseldorf
8. 11. 1988	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Düsseldorf
10. 11. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Bundesminister Schäuble	Köln
11./12. 11. 1988		5. Landesparteitag	Aachen
15. 11. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
29. 11. 1988	15.00 Uhr	LFA Schule und Bildung	Düsseldorf
1. 12. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
6. 12. 1988	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Düsseldorf